

Behörden Spiegel: Herr Wendt, wie schauen Sie auf 70 Jahre Deutsche Polizeigewerkschaft zurück?

Rainer Wendt: Ich schaue mit großem Respekt auf diese Zeit zurück. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf das Agieren meiner Amtsvorgänger. Denn diese hatten – schon unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges und trotz aller damals existierenden Probleme – bereits im Blick, dass es für ein demokratisches Staatswesen einen funktionierenden Öffentlichen Dienst und ein starkes Berufsbeamtenrecht braucht. Deshalb haben sie sich organisiert und für die Polizei die Organisationsform im DBB Beamtenbund und Tarifunion gewählt. Das war folgerichtig. Für die damalige Zeit war das eine starke strategische Leistung.

Behörden Spiegel: Und wie fällt Ihr persönliches Fazit aus?

Wendt: Ich selbst bin jetzt seit 30 Jahren in der Gewerkschaftsarbeit tätig und seit 14 Jahren Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Meine jetzige Amtsperiode geht noch bis 2026. Ich freue mich über diese lange Amtszeit und bin darauf auch etwas stolz. Denn die letzten Jahre waren die erfolgreichsten in der Geschichte der Deutschen Polizeigewerkschaft. Ohne eine starke Teamleistung wäre das aber nicht möglich gewesen. Das beginnt bei den Mitgliedern der Bundesleitung, geht über die Landesvorsitzenden, die Kreisverbände, die Personalräte und die Vertrauensleute bis hin zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle. Nur gemeinsam ist es uns gelungen, die Deutsche Polizeigewerkschaft zu einer starken gewerkschaftlichen Macht zu entwickeln.

Behörden Spiegel: Vor welchen Herausforderungen steht die Deutsche Polizeigewerkschaft heute – intern wie extern?

Wendt: Mit über 100.000 Mitgliedern ist die Deutsche Polizeigewerkschaft die viertstärkste Gewerkschaft innerhalb des DBB Beamtenbunds und Tarifunion, dem immerhin 43 Einzelgewerkschaften angehören. Wir merken aber auch, dass sich die Gewerkschaftsarbeit verändert und auch verändern muss. Denn die Bindungswirkung von Großorganisationen nimmt eher ab als zu. Das gilt für Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Kirchen gleichermaßen. Da müssen sich Gewerkschaften viel einfallen lassen, um attraktiv zu bleiben. Und das machen wir in der Bundesleitung jeden Tag. Umso wichtiger ist angesichts dessen aber auch gewerkschaftliche Pluralität. Wenn es nur noch eine Polizeigewerkschaft gäbe, müssten wir uns um eine Attraktivitätssteigerung nicht mehr kümmern, denn dann müssten alle in diese eine Gewerkschaft eintreten. Einheitsgewerkschaft ist also genauso falsch wie Einheitspartei oder Einheitsmedien.

Behörden Spiegel: Wie wollen Sie in Zukunft Mitglieder gewinnen und vor allem Jüngere für eine Mitgliedschaft in der Deutschen Polizeigewerkschaft begeistern?

Wendt: Auch die Gewerkschaftsarbeit muss sich an die Bedürfnisse der jungen Leute anpassen. Denn diese sind gegenüber einer Mitgliedschaft oder sogar Betätigung in einer Gewerkschaft deutlich zurückhaltender und kritischer als früher. Aber wenn sie dann eintreten, sind sie davon auch überzeugt. Da gehen wir auch neue Wege, bei der Deutschen Po-

70 Jahre DPoIG: eine Erfolgsgeschichte

Bundesvorsitzender Rainer Wendt zieht Bilanz

(BS) Vor nunmehr sieben Jahrzehnten wurde die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) gegründet. Über die Fragen, wie er auf diese Zeit zurückschaut und welche Meilensteine erreicht wurden, sprach der Behörden Spiegel mit dem aktuellen Bundesvorsitzenden Rainer Wendt. Auch aktuelle politische Themen der Inneren Sicherheit waren Thema des Gesprächs. Die Fragen stellte Marco Feldmann.



Rainer Wendt ist Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Diesen Posten hat er seit 2007 inne. Gewählt ist er noch bis 2026. Außerdem ist Wendt Mitglied im Bundesvorstand des DBB.

Foto: BS/Friedhelm Windmüller

lizeigewerkschaft bieten wir zum Beispiel eine Kinderbetreuung während gewerkschaftlicher Seminare und Veranstaltungen an. Damit und mit angepassten gewerkschaftlichen Veranstaltungsformaten sowie mit neuen Themen wollen wir Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Gewerkschaft verbessern und junge Leute begeistern. Logisch, dass dabei die Sozialen Netzwerke und die Entwicklung der Informationstechnologien insgesamt herausragende Themen sind.

Behörden Spiegel: Wie kann es denn allgemein gelingen, mehr Frauen für den Polizeiberuf – und insbesondere auch für den höheren Dienst – zu gewinnen?

Wendt: Der Frauenanteil bei der Polizei steigt stetig an und der Polizeiberuf ist auch bei den Schülerinnen extrem beliebt. Frauen erzielen in der Polizeiausbildung sogar durchschnittlich bessere Ergebnisse und Noten als Männer, das findet allerdings leider noch kein Äquivalent in Führungspositionen des gehobenen Dienstes und im höheren Dienst. Dabei haben Frauen den Polizeiberuf nachhaltig verändert, etwa mit Blick auf den Sprachgebrauch, Konfliktlösungsstrategien oder die Haltung.

Behörden Spiegel: Und warum sind Sie dann in Führungspositionen unterrepräsentiert?

Wendt: Dieses fehlende Äquivalent dürfte maßgeblich auf die in der Polizei immer noch stark vorhandene Anwesenheitskultur und die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurückzuführen sein. Außerdem werden Frauen oftmals bei Beurteilungen benachteiligt, etwa wenn sie aufgrund von Mutterschutz und Elternzeit längere Zeit nicht im Dienst waren. Teilzeit wird von manchen Beurteilern auch mit Teilleistung gleichgesetzt und wirkt sich dann negativ auf die Beurteilung aus. Hier muss der gesamte Öffentliche Dienst besser und vorbildlicher werden. Ein weiteres Problem ist, dass Frauen teilweise mehr Probleme als Männer haben, sich gegenseitig zu fördern.

Behörden Spiegel: Zurück zur Gewerkschaft. Sind in der Satzung der Deutschen Polizeigewerkschaft Änderungen geplant?

Wendt: Nein, es sind keine weiteren Änderungen geplant, denn wir haben erst kürzlich, beim letzten

Delegiertentag im Januar, die Satzung geändert. Der Bundesvorstand ist im Zuge dessen deutlich vergrößert worden. Dort ist nun jeder Landesverband per Satzung automatisch vertreten, in der Regel mit der oder dem Landesvorsitzenden. Früher hatte der Bundesvorstand achtzehn Mitglieder, jetzt sind es 27. Die Bundesleitung hat sechs Mitglieder.

Behörden Spiegel: Soll es innerhalb der Deutschen Polizeigewerkschaft weitere Fachkommissionen neben den bereits existierenden geben?

Wendt: Nein, weitere Kommissionen sind vorerst nicht geplant. Wir sind aber dabei, die Kommission zur Arbeit der Kriminalpolizei weiter zu stärken. Dort haben sich inzwischen hochrangige Experten versammelt, die die Bundesleitung beraten. Dabei handelt es sich um Spezialisten mit langjähriger Erfahrung. Gleiches gilt für die Verkehrskommission, die schon seit Jahren eine exzellente Arbeit leistet. Auf ihre fachliche Beratung sind wir besonders stolz. Ganz besonders hat es uns gefreut, als Ende 2016/Anfang 2017 auf Bundesebene entschieden wurde, dass Schwertransporte nicht mehr durch die Polizei, sondern durch spezialisierte Privatfirmen begleiten zu lassen. Diese Reform, die für die Polizeien zu einer riesigen Arbeitsersparnis und -erleichterung geführt hat, geht maßgeblich auf das Wirken unserer Verkehrskommission zurück.

Behörden Spiegel: Hat sich die Mitgliedschaft der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB Beamtenbund und Tarifunion bewährt?

Wendt: Die Mitgliedschaft im DBB Beamtenbund und Tarifunion hat sich für die Deutsche Polizeigewerkschaft auf jeden Fall bewährt. Aus meiner Sicht kann eine Polizeigewerkschaft auch nur Mitglied in diesem Dachverband und in keinem anderen sein.

Behörden Spiegel: Wie wollen Sie die internationale Kooperation der Deutschen Polizeigewerkschaft, vor allem im Rahmen der European Police Union (EPU), ausbauen?

Wendt: Die EPU ist bereits sehr gut in Osteuropa vertreten. Auch wir als Deutsche Polizeigewerkschaft haben dorthin gute Kontakte, vor allem nach Polen. Da bestehen viele persönliche Freundschaften. Die Kontakte zu Polizeigewerkschaften

Die politischen Parteien müssen endlich wieder mehr staatspolitische Verantwortung übernehmen, sie dürfen sich nicht nur vom Mainstream treiben lassen.

in Süd- und Westeuropa sind auch durchaus gut, aber noch ausbaufähig. Da müssen wir ran.

Behörden Spiegel: Neben dem 70-jährigen Jubiläum der Deutschen Polizeigewerkschaft wird in diesem Jahr auch das zehnjährige Bestehen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft gefeiert. Wie fällt Ihr Fazit zu dieser Fusion aus?

Wendt: Das war keine Fusion, sondern eine Verschmelzung des Fachverbandes Bundespolizei der Deutschen Polizeigewerkschaft und der damals noch existierenden Bundespolizeigewerkschaft BGV unter dem Dach der Deutschen Polizeigewerkschaft und damit zugleich auch unter dem Dach des DBB Beamtenbunds und Tarifunion. Diese Verschmelzung, die zum neuen Namen DPoIG Bundespolizeigewerkschaft führte, trug dazu bei, dass es seitdem nur noch eine Polizeigewerkschaft im DBB Beamtenbund und Tarifunion gibt.

Behörden Spiegel: Das klingt aus gewerkschaftlicher Sicht eindeutig nach einem Erfolg.

Wendt: Die Verschmelzung zählt dabei zu den glücklichsten Ereignissen meines gewerkschaftlichen Lebens. Ich bin sehr froh über diese Entscheidung, deren Zustandekommen kompliziert war und für viel Arbeit in der Bundesleitung sorgte. Seit der Verschmelzung spricht die Polizei im Deutschen Beamtenbund endlich wieder mit einer einheitlichen Stimme. Und auch in unserer Bundesleitung spielt die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft eine sehr wichtige Rolle. Ich kann mir inzwischen keine Bundesleitung mehr ohne die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft vorstellen. Deren

Bundesvorsitzender Heiko Teggatz ist auch einer meiner Stellvertreter und sehr erfolgreich. Das wurde zuletzt unter anderem bei der Erhöhung der Polizeizulage deutlich.

Behörden Spiegel: Herr Wendt, unabhängig von 70 Jahren Deutscher Polizeigewerkschaft: Welche Kernforderungen stellen Sie im Bereich der Inneren Sicherheit an die Politik und insbesondere an die neue Bundesregierung?

Wendt: Die politischen Parteien müssen endlich wieder mehr staatspolitische Verantwortung übernehmen, sie dürfen sich nicht nur vom Mainstream treiben lassen. Es braucht ein eindeutiges Bekenntnis zum Öffentlichen Dienst und zu den Polizeibeschäftigten. Die Polizei und auch die kommunalen Vollzugsdienste sind fest verankerte Institutionen in der Gesellschaft mit Zustimmungswerten in der Bevölkerung, von denen politische Parteien nur träumen können. Minderheitsmeinungen dürfen deshalb nicht länger überbetont und allein zum Maßstab für politische Entscheidungen werden. Es kann nicht angehen, dass die Polizei in Deutschland eine verfassungsgemäße Besoldung einklagen oder unter unsinnigen Gesetzen leiden muss. Politisch Verantwortliche müssen wieder stärker Vorbilder gegenüber der Bevölkerung sein.

Behörden Spiegel: Wie stehen Sie zu einer Kennzeichnungspflicht sowie zu Polizeibeauftragten in Bund und Ländern?

Wendt: Beide Instrumente sind linke Kampfbegriffe und Trophäen, die Grüne und Linke entwickelt haben, um die Polizei zu diffamieren und ihr pauschal unrechtmäßiges Handeln zu unterstellen. Und damit waren sie leider sehr erfolgreich. Denn inzwischen folgt – wie zuletzt in Baden-Württemberg geschehen – selbst die CDU den Grünen dabei. Aus unserer Sicht haben beide Instrumente keinen Mehrwert und sind überflüssig. Denn in Wahrheit

gibt es keine Schutzlücke, auch wenn das immer wieder behauptet wird.

Behörden Spiegel: Aber kann eine Kennzeichnungspflicht nicht bei der Identifizierung übergriffig gewordener Polizisten helfen?

Wendt: Aufgrund der Kennzeichnungspflicht ist noch nie ein Verdächtiger ermittelt worden, der nicht auch anderweitig identifiziert worden wäre. Hinzu kommt, dass der oder die Polizei- und Bürgerbeauftragte in Berlin, so wie der Posten ausgestaltet werden soll, eine eigenständige Ermittlungsbehörde gegen die Polizei wäre. Er oder sie sollte dem Gesetzentwurf zufolge ausdrücklich mit allen strafprozessualen Mitteln parallel zur Staatsanwaltschaft ermitteln.

Behörden Spiegel: Wie sähe es da mit Beschuldigtenrechten aus?

Wendt: Das ist ja das Problem. Es würden keine Beschuldigtenrechte gelten. Diese wären suspendiert. Der oder die Beauftragte dürfte sogar Daten sammeln und erheben, die durch die Datenschutzgrundverordnung besonders geschützt sind. Dazu gehören unter anderem Angaben zur sexuellen Orientierung, zur politischen Meinung sowie zu Gewerkschaftsmitgliedschaften und Parteimitgliedschaften. Außerdem gäbe es keine Lösungs- oder Benachrichtigungspflichten für die Betroffenen. Das kann nicht angehen. Es darf keine parteipolitisch gelenkte Paralleljustiz zur Staatsanwaltschaft geben! Die Polizei in Berlin darf mit diesem Gesetz, das wir für verfassungswidrig halten, nicht zum vogelfreien Objekt der politischen Willkür erklärt werden.

Behörden Spiegel: Braucht es aus Ihrer Sicht noch ein Musterpolizeigesetz?

Wendt: Es wird niemals zu einem Musterpolizeigesetz kommen. Denn zum einen ist der Bund für ein solches Gesetz gar nicht zuständig. Und zum anderen würden die Länder aufgrund föderaler Eitelkeiten einem solchen Gesetz nicht folgen. Denn Polizei ist und bleibt eine der ureigensten Kompetenzen der Länder. Zumal der Bund es nicht einmal geschafft hat, das Bundespolizeigesetz zu reformieren, für das er zuständig ist. Und selbst wenn es irgendwann einmal ein Musterpolizeigesetz geben sollte, würde es sich dabei um ein Sammelsurium an Unverbindlichkeiten handeln.

SPEEDSAFE Jürgen Fleischhauer · Dechenstr. 29 · D-44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 728 02 43 · www.speedsafe.de · info@speedsafe.de
Ihr Spezialist für Einsatzmittel



Die Geschichte der

DPoIGDEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBBAugust
1951

Gründung des "Bundes deutscher Polizeibeamter" (BDP) in Kassel und Beschluss über die Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund (DBB). Erster BDP-Vorsitzender ist *Kurt Fähnrich*.

Oktober
1951

Gründung des Bundesgrenzschutzverbandes (BGV)

November
1951

Anerkennung des BDP als politische Organisation, nachdem er erstmals ins Bundesinnenministerium und anschließend zu einer Anhörung im Deutschen Bundestag eingeladen wurde.

1955

Der BGV wird Mitglied im DBB.

1956

Beschluss einer neuen Organisationsstruktur des BDP. Mitglieder dürfen nur noch Landesverbände sein, die auch dem DBB angehören. Neuer BDP-Bundesvorsitzender wird *Arthur Seidel*.

1958

Gründung der "BDP-Jugend" als erste gewerkschaftliche Nachwuchsorganisation auf Bundesebene.

1965

Durch Abspaltungen von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) entsteht der Landesverband "Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund".

Mai
1966

Namensänderung der Gesamtorganisation in "Polizeigewerkschaft im DBB" (PDB)

1968

Jürgen Brockmann wird neuer PDB-Bundesvorsitzender.

1971

Johannes Zistel wird neuer PDB-Bundesvorsitzender.

1975

Benedikt-Martin Gregg wird neuer PDB-Bundesvorsitzender.

1979

Die Jugendorganisation der PDB tritt fortan als "JUNGE POLIZEI" auf.

1987

Umbenennung in "Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB" (DPoIG)

1990

Gründung des Fachverbandes Bundespolizei innerhalb der DPoIG.

Februar
1990

Gründung des Beamtenbundes in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie der Deutschen Volkspolizeigewerkschaft (DVPOIG).

1. Juli
1990

Anerkennung der DVPOIG als eigenständiger Tarifpartner der Regierung der DDR.

30. Juni
1990

Aufnahme der DVPOIG als gleichberechtigte Mitgliedsgewerkschaft in die DPoIG.

1991

Harald Thiemann wird neuer Bundesvorsitzender der DPoIG.

1995

Gerhard Vogler übernimmt das Amt des DPoIG-Bundesvorsitzenden.

2003

Neuer DPoIG-Bundesvorsitzender wird *Wolfgang Speck*.

2007

Rainer Wendt wird neuer Bundesvorsitzender der DPoIG.

Oktober
2011

Verschmelzung der BGV und des DPoIG-Fachverbandes Bundespolizei unter dem Vorsitz von *Hans-Joachim Zastrow* zur DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

2019

Heiko Teggatz wird Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Wichtiger Ratgeber mit viel Expertise

Verkehrskommission der DPoIG berät Gewerkschaft

(BS/Wolfgang Blindenbacher) Im Bereich der Verkehrssicherheit in Deutschland sowie der langfristigen Realisierung der "Vision Zero", also eines Straßenverkehrs ohne Tote und Schwerverletzte, ist noch einiges zu tun. Damit die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hier gut aufgestellt ist, existiert eine Kommission Verkehr. Die Initiative dazu gab es bereits 2010.



Wolfgang Blindenbacher ist Leitender Polizeidirektor a. D., ehemaliger Verkehrsreferent im nordrhein-westfälischen Innenministerium und Mitglied der DPoIG-Kommission Verkehr. Foto: BS/privat

auch in Deutschland die Halterhaftung eingeführt würde. Wenn nicht angehalten wird, müssen sich Polizei und Verwaltung in Deutschland mit zeit- und personalintensiven Vorgängen auseinandersetzen, um die zum Tatzeitpunkt Fahrzeugführenden ausfindig zu machen. In den Niederlanden können regelmäßig mehr als 98 Prozent der Verkehrsverstöße, bei denen nicht angehalten wird, wegen der dort geltenden Halterhaftung unmittelbar sanktioniert werden. Daher fordert die DPoIG deren zeitnahe Einführung auch in Deutschland – zumindest aber die Ausweitung der Kostentragungspflicht auf den fließenden Verkehr.

Mobilität im Alter berücksichtigen

Unter der Überschrift "Menschen" beschreibt die Position "Mobilität im Alter", dass die demografische Entwicklung unter anderem zu einer Zunahme der Mobilität im Alter führt. Die körperlichen Fähigkeiten nehmen insbesondere bei der "Risikogruppe 75+" ab. Internationale Beispiele zeigen mögliche Lösungen auf. So fordert die DPoIG nach britischem Vorbild eine kostenfreie Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs ab 75. Unter der Überschrift "Infrastruktur" ist in der Position "Kombianlagen" ausgeführt, dass die Wirksamkeit stationärer Überwachungstechnik anerkannt ist. Es sollten daher vorrangig Kom-



Die DPoIG-Kommission Verkehr umfasst derzeit acht Mitglieder (nicht alle auf dem Foto vertreten). Auch der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt (ganz links) lässt sich regelmäßig von dem Gremium beraten. Fotos: BS/DPoIG

bianlagen (Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungstechnik in einer Anlage) eingesetzt werden, da sie doppelte Schutzwirkung entfalten. Die Durchführung von DPoIG-Fachtagungen zur Verkehrssicherheitsarbeit ist ein weiterer Eckpfeiler der Arbeit der Kommission. So beschäftigte sich die Veranstaltung 2018 mit dem Thema "Moderne Verkehrsunfallbekämpfung in Deutschland". Zu dieser Fachtagung begrüßte der DPoIG-Bundesvorsitzende mehr als 80 Teilnehmende in Berlin, die sich bei der eintägigen Veranstaltung über

verschiedene Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit informierten. Vorträge zu den Themen "Ablenkung" und "Lkw-Unfällen" auf Autobahnen gehörten dazu. Darüber hinaus besuchen die Mitglieder des Gremiums regelmäßig den Deutschen Verkehrsgerichtstag. Dort konnten bereits verschiedene Themen wie "Moderne Messmethoden und Blutentnahme im Verkehrsstrafrecht" (2016), "Fortschritt statt Rückzug? Die Rolle der Polizei bei der Verkehrsüberwachung" (2017), "Sanktionen bei Verkehrsverstößen" (2018), "Punktereform auf

dem Prüfstand" (2019) und "Elektrokleinstfahrzeuge" (2020) eingebracht, begleitet und beeinflusst werden.

Auch am Europäischen Polizeikongress beteiligt

Die Kommission organisiert zudem alljährlich das Fachforum Verkehr, das im Rahmen des jeweiligen Europäischen Polizeikongresses des Behörden Spiegel in Berlin durchgeführt wird. Dabei konnten unter anderem die Themen "Entwicklung der Verkehrssicherheitstechnik – Konsequenzen für die Polizei" (2016), "Intelligente Verkehrsüberwachung als Beitrag zur Inneren Sicherheit" (2017), "Todesfälle Landstraße" (2018), "Die Bedeutung der Verkehrssicherheitsarbeit für die Kriminalitätsbekämpfung" (2019) und "Stadtverkehr der Zukunft" (2020) in den international beachteten Kongress eingebracht werden.

Darüber hinaus werden die Mitglieder der Kommission von vielen Verbänden (unter anderem Deutscher Verkehrssicherheitsrat und Deutsche Verkehrswacht) nachgefragt, um sich mit ihrer Expertise als Referenten beziehungsweise Diskutanten zu den verschiedensten Fachthemen der Verkehrssicherheitsarbeit einzubringen. Regionale und überregionale Medien (Printmedien, Rundfunk und auch Fernsehstationen) fragen Interviews an. Auch zu Talkshows erfolgen Einladungen.

Überall einführen

Vom DEIG sollten alle Polizisten profitieren

(BS/mfe) Momentan sind Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) noch bei Weitem nicht bei allen Polizeien hierzulande im Einsatz. Bei der Bundespolizei läuft bislang nur ein Pilotversuch in drei Inspektionen, unter anderem in Berlin und Kaiserslautern. Geht es nach der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), muss sich das dringend ändern.

Deren stellvertretender Bundesvorsitzender Heiko Tegatz fordert: "Distanzelektroimpulsgeräte müssen flächendeckend bei allen Polizeien eingeführt werden." Aus seiner Sicht sollten sie dann unbedingt als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und nicht als Waffen eingestuft werden. Denn wenn Letzteres geschehe, seien die Voraussetzungen für den Einsatz der Distanzelektroimpulsgeräte ebenso eng gesteckt wie bei der Nutzung der Schusswaffe. Und das würde nicht helfen, die Lücke zwischen dem Einsatzmehrzweckschlagstock und der Pistole zu schließen.

Aus Tegatz' Sicht erübrigt das Distanzelektroimpulsgerät das Mitführen des "Einsatzmehrzweckschlagstocks kurz" und hat eine abschreckende Wirkung beim polizeilichen Gegenüber. Sein Fazit ist eindeutig, wenn Tegatz, der neben seinem Amt als stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender auch noch Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ist, unterstreicht: "Das Distanzelektroimpulsgerät ist ein geniales Führungs- und Einsatzmittel, das wir dringend benötigen." Zumal sich dessen Einsatz mithilfe eines integrierten Chips sehr gut dokumentieren lasse. Der Chip lasse sich auslesen. Dann ließe sich zum Beispiel exakt feststellen, wie oft Stromstöße durch die Beamtin oder den Beamten ausgelöst worden seien oder wie oft der Einsatz des Distanzelektroimpulsgerätes vor der tatsächlichen Nutzung angeordnet worden sei.

Tegatz fordert darüber hinaus die schnellstmögliche Beschaffung



In anderen Staaten, wie zum Beispiel in den USA, sind Distanzelektroimpulsgeräte bei den Polizeien schon weit verbreitet. In Deutschland ist das noch nicht der Fall. Bei der Bundespolizei findet derzeit ein Pilotversuch statt. Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) plädieren auch hierzulande für eine flächendeckende Einführung dieses Einsatzmittels. Foto: BS/Studio615, stock.adobe

der neuen Sonderwagen fünf für die Bundespolizei. Diese sollten eigentlich bereits im Einsatz sein, allerdings habe die Beschaffung. Dieses Beispiel zeige wieder einmal, das Vergabeverfahren bei Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) oftmals deutlich zu lange dauerten.

Finalen Rettungsschuss gesetzlich normieren

Problematisch ist aus seiner Sicht zudem, dass nach dem Scheitern der letzten Novelle des Bundespolizeigesetzes der finale Rettungs-

schuss weiterhin nicht gesetzlich normiert ist. "Das brauchen wir aber dringend für den Bereich der Gefahrenabwehr", so der Bundesvorsitzende der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft.

Tegatz übt aber nicht nur Kritik. Explizit lobt er den Fuhrpark der Bundespolizei. Dieser sei zeitgemäß. Ebenfalls positiv bewertet er die Körperschutzausstattung der Bundesbereitschaftspolizei. Hier sei es zuletzt zu deutlichen Gewichtserleichterungen sowie zu einem verbesserten ballistischen Schutz gekommen.

Festhalten des Ist-Zustandes

Der forensische digitale Zwilling in der Ermittlungsarbeit

(BS/Malgorzata Krol*) Können der Ist-Zustand eines Tatorts, eines Unfallorts, einer Waffe oder eine Zeugenaussage für immer, digital, exakt und in 3D festgehalten, dokumentiert und immer wieder besichtigt werden? Die Antwort lautet: "ja". Das ist mithilfe eines sogenannten forensischen digitalen Zwillings möglich.

Polizeiermittler, Forensiker und Sachverständige haben nur eine Chance und sehr begrenzte Zeit, alle Beweise des Geschehens, zum Beispiel am Tatort, Unfall- oder Brandort, zu lokalisieren, zu identifizieren, zu sichern, zu dokumentieren und zu sammeln – Ungeachtet dessen, ob die Beweise sich als wichtig oder weniger kritisch für den zu lösenden Fall erweisen können. Äußere Einflüsse wie das Wetter, der Berufsverkehr, der Schulbetrieb, die Hochzeit in einer Kirche in der Nähe und andere Umstände bedeuten, dass die Polizeibeamten und die Ermittler vor Ort unter großem Druck stehen, die Umgebung zu sichern und das Geschehene schnellstmöglich, umfangreich und sehr genau zu erfassen und zu dokumentieren. Auch Überstunden oder menschliche Faktoren wie Müdigkeit oder auch geistige Erschöpfung am Ende einer ohnehin langen Schicht bedeuten zusätzlichen Druck für die Einsatzteams.

Untersuchung jederzeit, also auch im Nachgang, möglich

Nichtsdestotrotz müssen die Straßen für den Verkehr wieder freigegeben werden und die Sicherheit der Bevölkerung muss wiederhergestellt werden. Schlussfolgernd: Was Ermittler, Sachverständige und Sicherheitsleiter brauchen, ist die Möglichkeit, eine schnelle, vollständige und ganzheitliche (3D-) Aufnahme des Geschehens und der Örtlichkeiten zu erstellen, die in einem digitalen Format aufbewahrt wird: als forensischer digitaler Zwilling. Das Ziel ist nicht nur die Untersuchung unmittelbar nach dem Ereignis, sondern auch später, immer dann, wenn die



Mithilfe des sogenannten forensischen digitalen Zwillings ist es möglich, den Ist-Zustand eines Unfallortes für immer digital, exakt und dreidimensional festzuhalten. Auch ist immer wieder eine Besichtigung des Ortes möglich. Foto: BS/Hexagon

Daten (Bilder, Fly-throughs, Messungen, Auswertungen usw.) gebraucht werden. Auch Wochen, Monate oder Jahre nach dem Geschehen.

Der forensische digitale Zwilling kommt schon heute bei Polizeiermittlern am Ereignisort, forensischen Experten im Polizeilabor, Sachverständigen, Gerichten und Geschworenen, Anwälten und Versicherungen zum Einsatz.

Digitale 3D-Umgebungsabbildung erstellbar

Der forensische Zwilling kann aber auch im Vorfeld erstellt werden, zum Beispiel für die Sicherung der Landesgrenzen und der umliegenden Gebiete, das Dokumentieren von potenziell gefährdeten Orten oder auch für das Planen von Großereignissen sowie für Risikoanalysen in der Sicherheitsbranche. Diese digitale 3D-Umgebungsabbildung kann

mit einer Vielzahl von Technologien erstellt werden: von LiDar-Laserscannern, die mehrere Millionen Punkte eines Ortes pro Sekunde erfassen, über mobile oder handgeführte Scanner für das schnelle Erfassen in 3D, über Tachymeter, die mehrere Hundert Meter große Geschehnisse dokumentieren, bis zu den flexiblen, mobilen GNSS-Antennen mit Zentimeter-Genauigkeit und Visualisierung vor Ort und vielem mehr.

Der forensische digitale Zwilling, erstellt mit der Technologie von Leica Geosystems, ist eine digitale 3D-Kopie einer Umgebung und eine Momentaufnahme eines Geschehens und bleibt sicher und unverändert auf unbestimmte Zeit.

*Malgorzata Krol ist Senior Marketing Manager EMEA Public Safety, Security & Forensics bei der Hexagon Geosystems Services AG.

Eine Erfolgsstory

Zehn Jahre DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

(BS/Heiko Teggatz) "Stärke hat einen neuen Namen": Unter diesem Titel fand am 7. Oktober 2011 der Verschmelzungsdelegiertentag der neuen DPoIG Bundespolizeigewerkschaft in Berlin statt. Zuvor hatten die Delegierten des DPoIG Fachverbandes Bundespolizei und der Bundespolizeigewerkschaft (bgv) in separaten Bundesdelegiertentagen die Verschmelzung beschlossen und wählten einen Vorstand für die Startaufstellung.

Ernst G. Walter und Hans-Joachim Zastrow übernahmen den Vorsitz dieser neuen Gewerkschaft im DBB Beamtenbund und Tarifunion. Diesem Ergebnis vorgeschaltet fanden umfangreiche Verhandlungen zwischen den beiden Gewerkschaften statt. Koordiniert und angeleitet wurden die Verhandlungen von keinem geringeren als dem Ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Joachim Lenders. Er leitete die Verhandlungskommission, der, neben den beiden Vorsitzenden von bgv und DPoIG Fachverband Bundespolizei, Rüdiger Reedwisch und Hans-Joachim Zastrow, auch die Verhandlungsleiter, Ernst G. Walter und Heiko Teggatz angehörten.

Finanzielle, organisatorische und personelle Angelegenheiten wurden in diesem Gremium oftmals bis spät in die Nacht verhandelt. Das Ergebnis spricht für sich. Mit der Verschmelzung zweier Polizeigewerkschaften im DBB Beamtenbund und Tarifunion konnten Kräfte gebündelt und Durchsetzungskraft gestärkt werden. Ohne die Unterstützung der DPoIG und des DBB Beamtenbunds und Tarifunion hätte sich die Umsetzung eines solchen Projektes sicherlich nicht ohne Reibungsverluste umsetzen lassen.

Rund 18.000 Mitglieder in der Bundespolizei

Mittlerweile zählt die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft in der Bundespolizei knapp 18.000 Mitglieder und ist in nahezu allen Personalräten in der Bundespolizei vertreten. Mit



Seit Oktober 2019 leitet **Heiko Teggatz** mit seinem Team die Geschicke der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. Der 48-jährige Polizeioberkommissar hat seine dienstliche Heimat am Hamburger Flughafen und ist freigestelltes Mitglied in den Vorständen des Bezirks- und Hauptpersonalrates der Bundespolizei in Potsdam und Berlin.

Foto: BS/DPoIG

ihrer Fachkompetenz und Durchsetzungsstärke ist die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft weit über die Bundespolizei hinaus bekannt und ein verlässlicher Partner in der DPoIG und dem DBB Beamtenbund und Tarifunion. Die Bundespolizei, das Bundesinnenministerium (BMI) und die politischen Parteien lassen sich gerne von der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft beraten. Unsere Expertisen und gewerkschaftspolitischen Statements werden mehr und mehr durch die Medien publiziert. Presseanfragen werden fachkompetent und mit klaren Positionen beantwortet.

Für ganz Deutschland

DPoIG-Stiftung existiert bereits seit fast 25 Jahren

(BS/Berend Jochem*) Die Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) wurde durch Bayern in Bayern für ganz Deutschland im Oktober 1997 gegründet, also vor fast 25 Jahren. Das Gründungskapital von 100.000 Deutschen Mark wurde von den damaligen Mitgliedern der DPoIG Bayern zur Verfügung gestellt und bleibt als Grundkapital immer bestehen. Die Erfolgsgeschichte nahm ihren Lauf. Das soziale Gewissen der DPoIG ist heute die Stiftung der DPoIG.

Sie hilft ohne Ansehen von Person und gewerkschaftlicher Zugehörigkeit allen Polizeibediensteten, denen traumatische Ereignisse durch Krankheit, im Dienst oder im privaten Bereich geschehen sind. Andere Polizeistiftungen auf Landesebene geben bei Dienstunfällen oder traumatischen Ereignissen im dienstlichen Bereich finanzielle Hilfe. Die Stiftung bietet "Naturalleistungen" in Form von Erholungsaufenthalten in den stiftungseigenen Häusern in Oberbayern für Betroffene aus ganz Deutschland. Es gibt so keine vergleichbare Einrichtung auf Bundesebene. Der Anfang war schwer. Bis heute haben wir vier Häuser in Besitz und zwei in Anmietung. Unser Motto ist "Hilfe für Leib und Seele" inmitten der Natur. Sehr zu empfehlen ist der "Therapieraum Natur".

Wir sind stolz auf die Unterstützung aus einigen Bundesländern, die anfangs nur aus Bayern kam. Je nach Größe und Überzeugung der jeweiligen Landesvorstände werden wir von Niedersachsen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und der Bundespolizei tatkräftig unterstützt. Diese Vorbilder suchen Nachahmer. Wir



Die Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat mehrere Häuser in Besitz oder Anmietung. Motto der Stiftung ist "Hilfe für Leib und Seele" inmitten der Natur.

Foto: BS/DPoIG-Stiftung

sind für alle da und brauchen so auch die Unterstützung von allen.

Wir danken allen, die sich für die Stiftung engagieren und das Gedankengut weitertragen. Der Dank unseres Vorstandes und Beirates gilt allen Helfern und Unterstützern. Macht die Stiftung unsterblich im Verbund mit der Gewerkschaftsarbeit! Es geht um das Weitermachen ohne Eigennutz und Statusdenken. Die Aufgabe in der Stiftung muss "Ehrensache" sein und bleiben.

*Berend Jochem ist Vorsitzender des Stiftungsvorstands der DPoIG-Stiftung.

Mit der Zeit gehen

Polizeien müssen Nachwuchsgewinnung anpassen

(BS/Marco Feldmann) Die Polizeibehörden von Bund und Ländern sind auf genügend qualifizierte Bewerber und Nachwuchskräfte angewiesen. Um diese zu erhalten, müssen die Behörden sich jedoch auch als attraktiver Arbeitgeber und Dienstherr zeigen. Und hier hakt es aus gewerkschaftlicher Sicht an einigen Stellen.

So seien Wirtschaftsunternehmen mit Blick auf Faktoren wie Bezahlung, Freizeitangebote und Entwicklungschancen deutlich attraktiver und flexibler, meint **William Bobach**, Mitglied der Bundesjugendleitung der Jungen Polizei. Außerdem dauerten die Aufstiegsverfahren bei den Polizeien – egal, ob im mittleren oder im gehobenen Dienst – sehr lange. "Deshalb kann Personalentwicklung hier nur sehr langsam erfolgen", kritisiert der Vertreter der Nachwuchsorganisation der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Frauen besonders benachteiligt

Besonders benachteiligt sind aus **Bobachs** Sicht dabei Frauen. Denn um aufzusteigen, werde von den Dienstherrn die Wahrnehmung von Führungsfunktionen erwartet. Das sei jedoch nicht ohne Weiter-

es mit der Familienplanung beziehungsweise der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Notwendig seien deshalb die Einführung behördlicher Kindergärten sowie die verstärkte Möglichkeit zu Studium und Führung in Teilzeit. Auch Möglichkeiten zum Fernstudium sowie mehr Telearbeitsplätze mit entsprechender Hardware sollten geschaffen werden, findet **Bobach**.

Vollzugskräfte von administrativen Aufgaben entlasten

Darüber hinaus müssten Veränderungen an den Besoldungs- und Entgeltordnungen vorgenommen werden. Denn diese seien in großen Teilen nicht mehr zeitgemäß, meint der Gewerkschafter. Dies gelte etwa mit Blick auf die Möglichkeit von Prämienzahlungen oder Sprungbeförderungen.

Zudem brauche es dringend eine ausführliche Aufgabenkritik bei den Polizeien von Bund und Ländern sowie eine Entlastung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten von administrativen Aufgaben. Diese seien oftmals vollzugsfremd und könnten – zum Beispiel in Hinblick auf die Erfassung von Strafanzeigen in den Vorgangsbearbeitungssystemen – ohne Weiteres von Tarifbeschäftigten übernommen und erledigt werden.

Erster Schritt muss von zu Hause aus machbar sein

Für die Zukunft wünscht sich **Bobach** außerdem mehr Social-Media-Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung, insbesondere durch die Landespolizeien, sowie eine noch stärkere Digitalisierung der Geschäftsprozesse der Polizeibehörden. So sollte künftig eine Be-

werbung im ersten Schritt von zu Hause aus möglich sein. Des Weiteren brauche es mehr Wertschätzung für den Polizeiberuf und ein digitales Einstellungs- und Ausbildungssystem – unter Einbindung besserer Soft- und Hardware.

Bewerbung sollte auch mit Tattoos möglich sein

Aus Sicht der Jungen Polizei sollte zudem eine Bewerbung für den Polizeiberuf auch mit sichtbaren Tattoos möglich sein – selbstverständlich nur, wenn ihr Inhalt nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoße. "Denn anderenfalls gehen den Polizeien schlicht zu viele Bewerber verloren", gibt **Bobach** zu bedenken. Und das könnten sich weder die Bundespolizei noch die Länderpolizeien erlauben. In Ballungsräumen sei die Konkurrenz jetzt schon groß.

DIE BESTEN ANGEBOTE

Die DPoIG Service GmbH ist dein Anbieter für Mobilfunkverträge im öffentlichen Dienst seit 1992

DPoIG
Service GmbH

Ihre sichere Verbindung!

Exklusive Vorteile für den öffentlichen Dienst & Familienangehörige **IDEAL FÜR DIE GANZE FAMILIE!**

Exklusive Mobilfunkangebote

Sky bietet das beste Fernsehen

Exklusive Mobilfunkangebote

Festnetz & Mobilfunk bei Vodafone

Festnetz & Mobilfunk bei der Telekom

Exklusive Mobilfunkangebote

Die neuesten Smartphones in unseren besten Mobilfunktarifen!

GRATIS
DPoIG KAFFEEBECHER TO GO ZU JEDER BESTELLUNG! ALS CODE BITTE „KAFFEE21“ EINGEBEN!

Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten. Abbildungen ähnlich.

Stand 09/2021

www.dpog-service.de